

Thema: Queere Geflüchtete schützen

Wie wollen Sie die fachspezifischen Anlaufstellen für LSBTIQ-Geflüchtete (Verfahrensberatung, psychosoziale Beratung) stärken, für den flächendeckenden Ausbau der Beratungsstrukturen sorgen und Geflüchtete in und um Unterkünfte vor Gewalt und Anfeindungen schützen?*

CDU

Wir bekennen uns zu unserer humanitären und christlichen Verpflichtung, Menschen in Not zu helfen, Geflüchteten Schutz zu gewähren und für sie in Schleswig-Holstein eine neue Bleibe, wenn ein Aufenthaltsrecht besteht, zu schaffen. Besonders vulnerable Gruppen wie LSBTIQ* Personen benötigen besonderen Schutz, sichere Verfahren und konkrete Ansprechpersonen. Weiterhin setzen wir uns im Rahmen von Integrationskursen bei Geflüchteten für den Respekt vor unserer Rechtsordnung und auch der Akzeptanz unterschiedlicher sexueller

SPD

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass geschlechtsspezifische Gründe im Asylverfahren stärker berücksichtigt werden, um die Betroffenen besser vor Verfolgung schützen zu können. Für alle Geflüchteten gilt, dass wir Behörden und unabhängige Beratungsstellen wie die der Antidiskriminierungsstelle, der Migrationsberatung, der Rückkehrberatung und der psychosozialen Beratung unabhängig durch das Land fest finanzieren und fördern wollen. In diesem Rahmen wird es auch ein Angebot für LSBTIQ*-Geflüchtete geben. Um den Schutz von besonders gefährdeten Geflüchteten gewährleisten zu können, werden wir ggf. alternative Unterbringungsmöglichkeiten prüfen.

Bündnis 90 / Die Grünen

Wir haben in unserem Wahlprogramm beschlossen: „Wir brauchen eine nachhaltig aufgestellte Beratungslandschaft mit guten Rahmenbedingungen, um personelle Kontinuität, Expert*innenwissen und eine unabhängige individuelle Beratung zu gewährleisten. Die Migrationsberatungsstellen bilden hierbei die Grundpfeiler und werden von spezialisierten Fachstellen für Frauen und LGBTIQ* Geflüchtete sowie für Themen wie Gesundheit und Arbeit ergänzt. Wir wollen die jetzigen Strukturen zu einem aufeinander abgestimmten Beratungsnetzwerk in Schleswig-Holstein ausbauen, stärken und wo es sinnvoll ist, verstetigen.“ Auch für den Schutz in Unterkünften haben wir uns dezidiert ausgesprochen: "Wir werden Schutzkonzepte in allen Geflüchtetenunterkünften etablieren und den Zugang zu psychosozialer Versorgung und individueller unabhängiger Beratung stärken.“

FDP

Für uns Freie Demokraten ist das Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte unantastbar. Dazu gehört auch die politische Verfolgung aus religiösen Gründen oder aufgrund der sexuellen Identität. Besonders vulnerable Gruppen, wie Verfolgte aufgrund sexueller Identität, brauchen sichere Verfahren und eine sichere Unterbringung sowie im Fall sogenannter sicherer Herkunftsländer eine besondere Rechtsberatung, um Anträge form- und fristgerecht stellen zu können.

SSW

Wir wollen, dass ein Rechtsanspruch auf niedrigschwellige Hilfen besteht. Migrationssozialberatung, Hilfe durch Traumapädagog:innen sowie psychologische Hilfen für Erwachsene, Kinder und Jugendliche müssen für alle erreichbar sein und brauchen eine dauerhafte Perspektive durch eine verlässliche institutionelle Förderung des Landes. Junge Menschen, die Jugendhilfemaßnahmen bekommen, müssen auch über das Alter von 18 hinaus an diesen Angeboten teilnehmen können. Schutzkonzepte an Unterkünften für geflüchtete müssen immer wieder überprüft und den Umständen angepasst werden.

Die Linke

Wir fordern dezentrale Unterbringung von queeren Geflüchteten (wie insgesamt von geflüchteten Menschen), Zugang zum Internet, Recht auf barrierefreie, gesundheitliche Versorgung unabhängig vom Aufenthaltsstatus und den Ausbau spezifischer Vernetzungs- und Hilfsangebote für queere Geflüchtete. Queeren Menschen, die verfolgt werden, muss uneingeschränkt Asyl bzw. Schutz gewährt werden. Sie dürfen nicht abgeschoben werden – auch nicht in sogenannte sichere Herkunftsländer. Wir wollen flächendeckend Fachstellen für LSBTIQ*-Geflüchtete einrichten. Dort können sich queere Geflüchtete zum Asylverfahren sowie zum Aufenthalts- und Migrationsrecht beraten lassen. Einige von ihnen haben auch aus Angst vor oder aus erlebter Erfahrung mit gesellschaftlicher und familiärer Repression bzw. Gewalt ihre Heimatländer verlassen, was im Integrationsprozess oft noch nicht genug berücksichtigt wird. Geeignete Beratungsangebote müssen flächendeckend bereitgestellt werden. Außerdem braucht es Möglichkeiten der psychologischen Beratung für LSBTIQ*-Geflüchtete.

Alternative für Deutschland (AfD)

Auch Menschen, die in unserem Land Asyl und Schutz suchen haben selbstverständlich ein Recht, diskriminierungsfrei und ohne Angst vor Verfolgung aufgrund sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identität zu leben. Dies gilt gerade auch in Gemeinschaftsunterkünften und Wohngruppen. Hier bedarf es einer stärkeren Sensibilisierung bereits bei der Zuteilung von Asyl- und Schutzsuchenden in Bezug auf kulturelle und religiöse Zugehörigkeiten, die nicht selten Grund und Auslöser für Gewalt und Anfeindungen sind.

Wir setzen uns dafür ein, diese Problematik mit der notwendigen Offenheit jenseits einer falschen Tabuisierung zu behandeln. Dazu gehört auch, den Aufenthalt derer in unserem Land zu beenden, die andere Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierungen und geschlechtlicher Identität verfolgen oder angreifen. Diese Form der Diskriminierung und Kriminalität dulden wir nicht.